

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Müller (Bremen), Suhr und der Fraktion DIE GRÜNEN**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1987**

**hier: Einzelplan 08**

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

**— Drucksachen 10/5900 Anlage, 10/6308, 10/6331 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Rahmen des ökologischen Umbauprogramms wird in Kapitel 08 06 – Bundesbeteiligungen – der Titel 831 09 – Kapitalzuführungen an Unternehmen des industriellen Bundesvermögens – um 3 000 000 000 DM erhöht.

Bonn, den 20. November 1986

**Dr. Müller (Bremen)**

**Suhr**

**Borgmann, Hönes und Fraktion**

### **Begründung**

Es wird beantragt, alle in 1986 und 1987 zu erwartenden Privatisierungserlöse hier wieder den öffentlichen Unternehmen zuzuführen.

- Der größte Teil der zur Privatisierung anstehenden Betriebe ist entweder industriepolitisch von Bedeutung (im Bereich Energie z. B. die VEBA) oder könnte im Bankensektor für wichtige kreditpolitische Spezialaufgaben aktiviert werden (z. B. Deutsche Pfandbriefanstalt). Um dieses Regelungspotential nicht aus der Hand zu geben, sind wir im Hinblick auf die zukünftigen ökologischen Umbaufaufgaben gegen eine Privatisierung in diesen Bereichen.
- Die Privatisierung ist mittelfristig mit dem Entstehen von zusätzlichen ökologischen Folgekosten verbunden, die dann größtenteils aus dem Bundeshaushalt finanziert werden müssen.
- Erfahrungsgemäß verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den privatisierten Betrieben.

